



Remscheid, 6. November 2018

Stadt Remscheid
Der Oberbürgermeister
Theodor-Heuss-Platz
42853 Remscheid

Antrag

zur Sitzung des Rates am 22. November 2018

Zukunft des Bergischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung (BSI)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

die SPD-Fraktion stellt in der o. a. Sitzung nachfolgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Städten Leverkusen, Remscheid, Solingen, Wuppertal und dem Kreis Mettmann

- a) die benötigten Kosten für die Renovierung des in die Jahre gekommenen Gebäudes in Wuppertal sowie alle weiteren Kosten zu ermitteln,
- b) alternative Standorte für das Bergische Studieninstitut für kommunale Verwaltung zu prüfen,
- c) ergänzende und alternative Lehrgangsangebote zeitnah zu schaffen,
- d) Hospitationen in verschiedenen Fachbereichen und Verwaltungen zu erleichtern,
- e) eine Teilzeitfortbildung für junge Eltern einzurichten,
- f) einen qualifizierten Abschluss, der auch außerhalb der kommunalen Verwaltung anerkannt wird, anzustreben

Begründung:

Aufgrund der Antworten auf unsere Anfrage vom 22.02.2018 zur Zukunft des Bergischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung, wurde deutlich, dass dringend Handlungsbedarf besteht.

Die Bedeutung dieser Aus- und Fortbildungseinrichtung für eine nachhaltige Personalentwicklung wächst auch mit Blick auf die Personalbedarfe durch eine wachsende Zahl von in den Ruhestand eintretenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen. Die Veränderungen der Verwaltungsarbeit u. a. durch Digitalisierung, aber auch

Personalfluktuaton machen deutlich, dass ergänzende und alternative Lehrgangsangebote zeitnah für Qualifizierungen durchgeführt werden müssen.

Vor dem Hintergrund, dass auch junge Eltern Qualifizierungsangebote wahrnehmen können, sollten die Möglichkeiten hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht und auch häusliche Qualifizierung in Betracht gezogen werden.

Bislang wird der Abschluss des BSI nur innerhalb der Kommunalverwaltung anerkannt. Heutzutage können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Fort- und Weiterbildungen häufig anerkannte Abschlüsse (Bachelor o. ä.) erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sven Wolf
Vorsitzender der SPD Ratsfraktion

gez. Beatrice Schlieper
Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

gez. Wolf Lüttinger
Vorsitzender der FDP Ratsgruppe

gez. Waltraud Bodenstedt
Sprecherin der W.i.R. Ratsgruppe